



Die nächste Sitzung des

Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

findet statt am

Freitag, dem 08. November 2024, um 14:00 Uhr

im Rathaus, Raum 151.

Bürgerschaftskanzlei
Gremienbetreuung

Frauke Meyer-Bai
Tel. 040 428 31-2621
frau.kae.meyer-bai@bk.hamburg.de

Postfach 100902
20006 Hamburg

Sitz
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

Hamburg, 17.10.2024

Der Vorsitzende des Ausschusses, Michael Gwosdz (GRÜNE), bittet die Mitglieder sowie ständigen Vertreterinnen und Vertreter, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. [Drs. 22/15346](#) „Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Antiziganismus und zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Sinti und Roma in Hamburg“¹⁾, zugleich Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. September 2021 „Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Antiziganismus und zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Sinti:zze und Rom:nja in Hamburg“ (Drucksache 22/5772)
(Senatsmitteilung)
2. [Drs. 22/13515](#) Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29. September 2021: „Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Antiziganismus und zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Sinti:zze und Rom:nja in Hamburg“ – Drs. 22/5772 (Neufassung)
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)
3. [Drs. 22/13462](#) Damit die Integration gelingt – Hamburg braucht einen ehrenamtlichen Beauftragten zur Bekämpfung von Antiziganismus
(CDU-Antrag)
4. [Drs. 22/7341](#) Unabhängige Kommission Antiziganismus fordert einen grundlegenden Perspektivwechsel in Politik und Gesellschaft gegenüber den in Deutschland lebenden Sinti:zze und Rom:nja – was folgt darauf in Hamburg?
(Große Anfrage Fraktion DIE LINKE)

5. [Drs. 22/16265](#) Vorbeugung und Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus und antimuslimischer Diskriminierung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 11. November 2015 „Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus auch in Zukunft fortsetzen“ (Drucksache 21/2196), Berichtsjahr 2022/2023 zugleich Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 20. Dezember 2023 „Zusammenhalt fördern – Prävention von religiösem Extremismus und Antisemitismus verstärken: Radikalisierung im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt rechtzeitig erkennen und entschlossen entgegenarbeiten“ (Drucksache 22/13767)
(Senatsmitteilung)

6. Verschiedenes

Hinweis: Die Sitzungsdauer wird voraussichtlich 3 Stunden betragen.